

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XI

## *Erster Teil: Gewöhnlicher Aufenthalt und Europäisches Kollisionsrecht –*

<i>Konturen zweier Unbekannter .....</i>	<i>1</i>
--	----------

§ 1 Anliegen der Arbeit .....	1
§ 2 „Europäisches Kollisionsrecht“ .....	27
§ 3 Eckpfeiler der Diskussion um den gewöhnlichen Aufenthalt.....	56

<i>Zweiter Teil: Inhaltliche Grundlinien.....</i>	<i>93</i>
---	-----------

§ 4 Entwicklung des gewöhnlichen Aufenthalts .....	93
§ 5 Struktur und inhaltliche Grundlinien .....	136
§ 6 Konturen eines unionsrechtlichen Aufenthaltsbegriffs.....	191

## *Dritter Teil: Grundlagen eines rechtswahlakzessorischen*

<i>Aufenthaltsverständnisses .....</i>	<i>276</i>
--	------------

§ 7 Funktionen des gewöhnlichen Aufenthalts im Unionsrecht .....	276
§ 8 Bedingungen und Varianten eines differenzierten Aufenthaltsverständnisses .....	332
§ 9 Differenzierungsmöglichkeiten im Unionsrecht.....	346
§ 10 Grundzüge einer rechtswahlakzessorischen Aufenthaltsystematik .....	417

Literaturverzeichnis.....	439
---------------------------	-----

Sachregister .....	463
--------------------	-----

# Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i> .....	VII
<i>Inhaltsübersicht</i> .....	IX
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> .....	XXVII

Erster Teil: Gewöhnlicher Aufenthalt und Europäisches Kollisionsrecht – Konturen zweier Unbekannter .....	1
--	---

§ 1 Anliegen der Arbeit .....	1
-------------------------------	---

A. Internationaler Entscheidungseinklang und überstaatliche Kollisionsrechtsharmonisierung .....	1
I. Wissenschaft und Gesetzgebung als rechtsbildende Kräfte im IPR Savignys .....	1
II. Kollisionsrechtsharmonisierung als Unionspolitik .....	3
B. Zergliederung des gewöhnlichen Aufenthalts .....	6
I. Allgemeine Aufenthaltsdefinition .....	7
II. „Differenziertes“ Begriffsverständnis als Zergliederung .....	8
III. Konsequenzen .....	11
1. Von der Gesamtbetrachtung zur sektoralen Begriffsbildung .....	11
2. Von der dogmatischen Analyse zum rechtspolitischen Appell .....	12
3. Kritik .....	12
C. Rechtsaktübergreifende Aufenthaltsdogmatik als „wissenschaftliche Vereinbarung“ .....	14
I. Frage: Diversifikation als Folge inkohärenter Kodifikation? .....	14
II. Antwort: Diversifikation als Folge fehlender Aufmerksamkeit der Rechtsdogmatik .....	14
III. Gang der Arbeit .....	15
1. Grundlagen .....	15
2. Struktur, Inhalt, Handhabung .....	16
3. Differenzierungsmöglichkeiten und eigene Lösung .....	17

D. Eingrenzung des Arbeitsgegenstandes.....	19
I. Kapazitätsbedingte Abschtichtung .....	20
II. Praktikabilitätsbedingte Einschränkungen .....	23
E. Thesen .....	26
§ 2 „Europäisches Kollisionsrecht“ .....	27
A. Mögliche Arbeitsdefinitionen .....	27
B. Gang der Kollisionsrechtsharmonisierung .....	28
I. Intergouvernementalismus.....	28
II. Erste Konsequenz: Schaffung kollisionsrechtlicher Staatsverträge .....	30
III. Primärrechtliches Kollisionsrecht .....	32
IV. Kollisionsrecht als EU-Kompetenz .....	34
C. Leitbilder und Grundprinzipien .....	36
I. Regelungsebenen .....	36
1. Regelungsauftrag auf drei Ebenen .....	36
2. Unionsprimärrechtliche Kollisionsnormen .....	36
II. Varianten der Einflussnahme .....	37
1. Direkter Einfluss .....	38
a) Positive direkte Harmonisierung .....	38
b) Negative direkte Harmonisierung.....	38
2. Leitbild- und Impulsfunktion des Unionsprimärrechts .....	39
a) Grundfreiheiten als Leitbilder.....	39
b) Unionsprimärrechtlich indizierte Kollisionsnormsetzung .....	40
D. Ordnung ohne Allgemeinen Teil .....	41
I. Europäisches IPR als Resultat supranationaler Rechtssetzung .....	41
II. Unmittelbare Konsequenzen .....	42
1. Lückenhafte Rechtssetzung .....	42
a) Inhaltliche Lücken .....	42
b) Lücken im räumlichen Anwendungsbereich .....	43
aa) Opt-in und opt-out qua Zusatzprotokoll .....	43
bb) Verstärkte Zusammenarbeit .....	44
c) Unregelmäßige acquis-Wirkung .....	46
d) Kritik am Gebrauch der Verstärkten Zusammenarbeit für die Zwecke der Kollisionsrechtsharmonisierung .....	47
2. Disziplinenübergreifende Rechtssetzung .....	48
3. Fehlender Allgemeiner Teil .....	49
4. Ausweg: Gesamtkodifikation, Allgemeiner Teil oder „Wissenschaftliche Vereinbarung“? .....	51
a) Vorhandene Verbesserungsvorschläge .....	51
aa) Allgemeiner Teil und Rom 0-Verordnung .....	51
bb) Gesamtkodifikation.....	52

b) Konsequenzen für die vorliegende Arbeit .....	54
E. Thesen .....	54
§ 3 <i>Eckpfeiler der Diskussion um den gewöhnlichen Aufenthalt</i> .....	56
A. Die dogmatische Diskussion um den gewöhnlichen Aufenthalt .....	56
I. Konsentierter Begriffskern .....	56
II. Unterschiede der Aufenthaltsanknüpfung gegenüber Staatsangehörigkeit und Wohnsitz .....	57
III. Der gewöhnliche Aufenthalt als „Tatsachenbegriff“ .....	58
1. Meinungsstand .....	58
2. Tatsachenbegriff als Tatsachenfrage .....	60
B. Die rechtspolitische Diskussion um den gewöhnlichen Aufenthalt .....	62
I. Die deutsche Reformdebatte als Blaupause der unionsrechtlichen Diskussion .....	63
1. Interessen .....	65
2. Ausländer- und Integrationspolitik .....	67
3. Relevanz für das Unionsrecht .....	68
II. Eckpfeiler der unionsrechtlichen Debatte .....	69
1. Imperative oder fakultative Kollisionsnormgestaltung .....	69
2. Signalwirkung des Art. 18 AEUV .....	72
3. Technische Argumente für den gewöhnlichen Aufenthalt .....	74
a) Synchrone und diachrone Anknüpfungsergebnisse .....	75
b) Europäisches Erbrecht: Gleichlauf von forum und ius .....	76
c) Konsenswahrscheinlichkeit .....	77
4. Unionspolitische Argumente für den gewöhnlichen Aufenthalt .....	77
a) Rechtliche Integration der kritischen Masse der EU- Bürger .....	77
b) Politische Konsensfähigkeit des gewöhnlichen Aufenthalts .....	79
5. Unionsprimärrechtlich gebotene Entstaatlichung .....	80
a) Symbolische Entstaatlichung .....	81
b) Schwund des nationalen Regelungsspielraums .....	82
aa) Unionsprimärrechtliche Maßstabgebung .....	82
(1) Garcia Avello .....	82
(2) Grunkin Paul .....	83
(3) Zwischenergebnis .....	84
bb) „Effektive Unionsbürgerschaft“ .....	86
6. Überflexibilisierung und Rechtsunsicherheit .....	88
a) Stetigkeitsverlust und dépeçage .....	88
b) Unschärfe .....	90
C. Thesen .....	91

Zweiter Teil: Inhaltliche Grundlinien.....	93
§ 4 Entwicklung des gewöhnlichen Aufenthalts .....	93
A. Entwicklung aus dem Domizilprinzip .....	94
I. Der gewöhnliche Aufenthalt zwischen Staatsangehörigkeits- und Domizilprinzip .....	94
II. Das Domizilprinzip als persönliche Grundanknüpfung .....	96
1. Römisches Recht: Stufenbau zwischen origo und domicilium .....	96
2. Rezeptionsgeschichte des domicilium.....	97
a) Zweigliedriger Wohnsitzbegriff der frühen Statutenlehre .....	97
b) Absorption des Wohnsitzes durch die Staatsangehörigkeit .....	98
aa) Preußisches Allgemeines Landrecht .....	98
bb) Code civil.....	98
cc) „Personalisierung“ anderer Zivilrechtskodifikationen .....	100
c) Nazionalità und Personalitätsprinzip .....	100
III. Zwischenergebnis .....	101
B. Entwicklung im Haager Staatsvertragsrecht .....	102
I. Arbeitshypothesen und Erkenntnisziel .....	102
II. Überblick über die historische Entwicklung des gewöhnlichen Aufenthalts .....	103
III. Der gewöhnliche Aufenthalt im Haager Staatsvertragsrecht .....	105
1. Vorgänger der Haager Übereinkommen .....	105
2. Haager Staatsvertragsrecht vor 1914.....	106
a) Zivilprozessrechtsübereinkommen .....	106
b) Vormundschafts- und Entmündigungsübereinkommen .....	108
3. Zwischenkriegszeit.....	110
4. Der Erfolgsweg in der Nachkriegszeit .....	113
a) Konventionsdomizil der Renvoi-Konvention .....	114
b) Unterhaltsrecht .....	115
aa) Systematik der Haager Unterhaltsübereinkommen .....	116
bb) Anwendungsbereich der Unterhaltsübereinkommen ...	116
cc) Aufenthaltsanknüpfungen .....	117
(1) Unterhaltsübereinkommen 1956 .....	117
(2) Unterhaltsübereinkommen 1973 .....	118
dd) Inhaltliche Besonderheiten .....	119
(1) Verdrängung des Staatsangehörigkeitsprinzips .....	119
(2) Anknüpfung sui generis .....	119
(3) Tatsachenbegriff .....	120
(4) Allgemeine Schutzanknüpfung (HUÜ 1973).....	121

c) Aufenthaltszuständigkeit im Internationalen Kindschaftsrecht.....	122
aa) Haager Minderjährigenschutzübereinkommen (1961) .....	123
bb) Haager Kinderschutzübereinkommen (1996) .....	124
cc) Haager Kindesentführungsübereinkommen (1980).....	125
d) Eherechtliche Haager Konventionen .....	125
e) Aufenthaltsstatut des Haager Erbrechtsübereinkommens....	126
5. Zwischenergebnis.....	129
C. Zusammenfassung und Bewertung .....	130
I. Aufenthaltsanknüpfung als Territorialitätsprinzip .....	131
II. Verdrängung des Staatsangehörigkeitsprinzips .....	132
1. Hintergründe .....	132
2. Aufenthaltsanknüpfung im Personalstatut .....	133
D. Thesen .....	134
 § 5 Struktur und inhaltliche Grundlinien .....	136
A. Tatsachen- oder Rechtsbegriff .....	136
I. Tatsachenbegriff als Schutzprinzip.....	136
II. Unionsrecht: Vom Tatsachenbegriff zur autonomen Auslegung ..	139
III. Rechtsfolgen: Tatsachenbegriff, autonome Auslegung und normative Tatbestandselemente .....	142
1. Literatur: Tatsachenbegriff als tatbestandliche Offenheit .....	142
2. Rahmencharakter von Anknüpfungsmomenten .....	143
3. Rechtsbegriff und Normativität.....	146
4. Konsequenzen .....	148
B. Grundstrukturen des gewöhnlichen Aufenthalts .....	149
I. Erste Achse: Tatsächliche Anwesenheit .....	149
II. Zweite Achse: Soziale Integration .....	150
1. Elemente und Kategorien sozialer Integration .....	151
a) Überblick .....	151
b) Kategorien sozialer Integration .....	152
aa) Untauglichkeit genehmigungsabhängiger Indizien .....	152
bb) Stufenverhältnis zwischen familiären und beruflichen Bindungen .....	154
2. Ausschlaggebende Faktoren in Zweifelsfällen.....	155
a) Zeitablauf.....	156
aa) Vom zeitabhängigen gewöhnlichen Aufenthalt zur Aufenthaltsdauer als Zweifelsregelung .....	156
bb) Defizite einer zeitbasierten Zweifelsregelung.....	157
cc) „Zeitlich-effektiver“ gewöhnlicher Aufenthalt .....	160
dd) Zeitablauf als Trägheitsvermutung .....	161

ee) Zeitablauf und „doppelter gewöhnlicher Aufenthalt“ ..	162
b) Niederlassungswille/settled intention .....	162
aa) Varianten einer willensakzessorischen	
Zweifelsregelung .....	163
(1) Freiwilligkeit als Gegenindiz zur	
Aufenthaltsdauer .....	163
(2) Geschäftsähnlicher oder natürlicher	
Niederlassungswille .....	165
(3) Niederlassungswille als Substitut oder	
Oberbegriff .....	168
(4) „Äußerer“ Niederlassungswille und „innerer“	
Vorbehalt .....	169
bb) Argumente gegen den Niederlassungswillen .....	171
(1) Niederlassungswille und Wohnsitzanknüpfung .....	171
(2) Niederlassungswille und Minderjährige .....	172
(α) Staatsvertragliche und unionsprimärrechtliche	
Leitbilder .....	173
(β) Rezeption im Kommissionsentwurf zur	
EuEheVO .....	174
(χ) Rezeption durch die EuGH-Rechtsprechung .....	176
(3) Verschwimmen von Aufenthaltsbegriff und	
Rechtswahl .....	178
cc) Argumente für eine Zweifelsanknüpfung an den	
Willen .....	180
(1) Internationalprivatrechtlicher	
Gerechtigkeitsgewinn .....	180
(2) Publizität und zeitliche Fixierung von	
Statutenwechseln .....	181
(3) Unabhängigkeit von staatlicher Regulierung .....	182
(4) Ergebnis .....	183
3. Die Kindeswohlbindung des gewöhnlichen Aufenthalts .....	183
a) Kindeswohl als Mehrebenenbegriff .....	184
b) Offenheit des Kindeswohlbegriffs .....	184
c) Aufenthaltsbestimmung als Kindeswohlprüfung .....	185
III. Zwischenergebnis und offene Fragen .....	187
C. Thesen .....	189

§ 6 Konturen eines unionsrechtlichen Aufenthaltsbegriffs.....	191
A. Legaldefinitionen und Umschreibungen des gewöhnlichen Aufenthalts .....	191
I. Völkerrechtliche Definitionsversuche .....	191
1. Entschließung des Europarates vom 18.2.1972.....	191
a) Rechtsnatur .....	192
b) Inhalt .....	192
aa) Charakteristika des gewöhnlichen Aufenthalts .....	192
bb) Definitionsqualität .....	193
c) Rezeption und Weiterentwicklung.....	194
aa) Schwache Rezeption in der Union .....	194
bb) Starke Rezeption in den Mitgliedstaaten .....	195
(1) Österreich.....	196
(2) Belgien und Bulgarien .....	197
cc) Rezeption in Deutschland.....	199
d) Zusammenfassung .....	199
2. Haager Konferenz .....	200
II. Der Aufenthaltsbegriff des EuIPR und EuZVR .....	201
1. Leitfaden der Kommission zur EuEheVO.....	202
2. Erwägungsgründe 23, 24 zur EuErbVO .....	204
a) Entstehungsgeschichte .....	204
b) Inhalt .....	205
aa) Erwägungsgrund 23 .....	205
bb) Erwägungsgrund 24 .....	205
c) Verallgemeinerbarkeit der erbrechtlichen Leitlinien .....	208
3. Art. 19 Rom I-VO und Art. 23 Rom II-VO.....	210
a) Hauptverwaltung und Aufenthalt.....	211
b) Hauptniederlassung und Aufenthalt .....	213
c) Aussagegehalt für den gewöhnlichen Aufenthalt .....	215
aa) Definitionsqualität.....	215
bb) Indirekter Aussagegehalt .....	217
d) Konsequenzen .....	218
4. Gewöhnlicher Aufenthalt und COMI.....	218
a) Strukturelle Gemeinsamkeiten.....	219
b) Strukturelle Unterschiede .....	220
aa) Unterschiede im Anknüpfungspunkt für Unternehmen .....	220
bb) Erkennbarkeit.....	221
c) Konsequenzen.....	223
d) Zeitunabhängiges Aufenthaltsverständnis? .....	223
aa) EuInsVO.....	223
bb) Gleichlauf mit dem Internationalen Familienrecht .....	224



(1) Art. 9 Abs. 1 EuEheVO .....	225
(2) Art. 26 Abs. 3 lit. a) EuGüVO .....	226
III. Zwischenergebnis .....	226
B. Das Aufenthaltsverständnis der Unionsgerichte .....	228
I. Europäisches Sozialrecht .....	228
1. Magdalena Fernandez (1994) .....	229
2. Martinez Sala (1998) .....	230
3. Swaddling (1999) .....	231
II. Art. 8 Brüssel IIa-VO .....	232
1. A ./ Perusturvalautakunta .....	233
a) Sachverhalt .....	234
b) Entscheidung .....	235
aa) Dreifach autonome Auslegung .....	235
bb) Unabhängigkeit der Aufenthaltsanknüpfung in Art. 8 Abs. 1 EuEheVO vom Staatsvertragsrecht .....	236
cc) Relativierung der dreifachen Unabhängigkeitshypothese durch spätere Rechtsprechung .....	239
(1) OGH: Staatsvertraglicher und verordnungsrechtlicher gewöhnlicher Aufenthalt ....	239
(2) EuGH: Unterhaltsrechtlicher und sorgerechtlicher gewöhnlicher Aufenthalt .....	241
dd) Autonomes Aufenthaltsverständnis als Narrativ zur Sicherung der eigenen Auslegungshoheit .....	243
ee) Übereinstimmung mit dem Haager Recht .....	244
c) Bisherige Deutungen der Entscheidung .....	246
d) Eigene Deutung der Entscheidung .....	247
aa) Keine verbindlichen Aussagen zum Niederlassungswillen .....	248
bb) Keine Aufwertung der Staatsangehörigkeit .....	250
e) Aussagen über die Binnenstruktur des gewöhnlichen Aufenthalts .....	251
aa) Ausschluss des Mehrfachaufenthalts .....	252
bb) Juristisches Trägheitsprinzip .....	252
2. Mercredi .....	253
a) Sachverhalt .....	253
b) Entscheidung .....	254
c) Deutung in der Literatur .....	256
aa) Niederlassungswille .....	256
bb) Herkunft .....	257
cc) Ursprungsaufenthalt .....	258
d) Eigene Deutung .....	259
3. C ./ M .....	260

a) Sachverhalt .....	260
b) Entscheidung .....	261
c) Bewertung.....	263
4. Zwischenbewertung der EuGH-Rechtsprechung .....	265
III. Der unionsrechtliche gewöhnliche Aufenthalt in der	
Rechtsprechung der Mitgliedstaaten .....	266
1. Art. 8 Abs. 1 EuEheVO.....	267
a) UKSC, AP Trinity Term [2013] UKSC 60.....	267
b) UKSC, LC Hilary Term [2014] UKSC 1 .....	268
2. Art. 4 EuErbVO .....	270
C. Zwischenergebnis .....	272
D. Thesen .....	274

### Dritter Teil: Grundlagen eines rechtswahlakzessorischen

Aufenthaltsverständnisses.....	276
--------------------------------	-----

§ 7 Funktionen des gewöhnlichen Aufenthalts im Unionsrecht.....	276
---	-----

A. Aufenthaltsanknüpfungen des sekundärrechtlichen Europäischen	
Kollisionsrechts.....	278
I. Rom I-Verordnung .....	279
1. Systematik der Rom I-VO.....	279
a) Vorrang der Rechtswahl .....	279
b) Default- und Leitbildfunktion des Art. 4 Rom I-VO .....	280
c) Heterogene Binnenstruktur der vertraglichen	
Grundanknüpfung .....	281
2. Bestand an Aufenthaltsanknüpfungen .....	283
3. Gewöhnlicher Aufenthalt und vertragscharakteristische	
Leistung .....	287
a) Herkunft.....	287
b) Inhalt .....	288
c) Interdependenz.....	289
II. Rom II-Verordnung.....	290
1. Aufenthaltsanknüpfungen .....	290
2. Hintergrund und Konsequenzen .....	290
III. Internationales Familienrecht (Rom III-VO, EuEheVO,	
EuUntVO, HUP, EuGüVO, EuPartVO).....	291
1. Internationales Scheidungsrecht.....	291
a) Zuständigkeit: Art. 3 EuEheVO.....	291
aa) Regelungssystematik .....	291
bb) Einzelne Aufenthaltsgerichtsstände .....	292
b) Anwendbares Recht: Rom III-VO .....	294

c) Wert der Rom III-VO für die rechtsaktsübergreifende Begriffsbildung .....	295
2. Internationales Unterhaltsrecht.....	295
a) Aufenthaltsgerichtsstände in der EuUntVO.....	296
b) Optionaler statt indizierter Gleichlauf .....	298
3. Internationales Kindschaftsrecht .....	299
a) Sorgerechtsverfahren (Art. 8 Abs. 1 EuEheVO) .....	299
b) Rückführungsmaßnahmen (Art. 10–12 EuEheVO).....	301
c) Anwendbares Recht: Haaager Kinderschutzübereinkommen.....	302
d) Fazit.....	302
4. Internationales Ehegüterrecht.....	303
a) Institutioneller Rahmen .....	303
b) Systematik der Aufenthaltsanknüpfungen.....	303
IV. Internationales Erbrecht.....	306
1. Anknüpfungssystematik .....	308
2. Anknüpfungszwecke .....	308
V. Allgemeiner Aufenthaltsgerichtsstand de lege ferenda.....	310
1. Stand der Diskussion .....	310
2. Annäherungstendenzen .....	313
B. Aufenthaltsanknüpfung und EGBGB-Reform.....	316
I. Vorhandene Reformvorschläge .....	316
1. Art. 14 EGBGB .....	316
2. Art. 13 EGBGB .....	317
II. Europäisierung des Personalstatuts .....	318
C. Der gewöhnliche Aufenthalt im internationalen und europäischen Einheitsrecht (CISG, GEK-E).....	319
I. Hintergrund der Rechtsakte .....	319
1. CISG.....	319
2. GEK-E.....	320
II. Funktion des gewöhnlichen Aufenthalts .....	320
1. Art. 1, 10 CISG .....	320
2. Art. 4 Nr. 2 GEK-E .....	321
D. Aufenthaltsanknüpfungen im EU-Einheitsprozessrecht .....	321
I. Hintergrund der Rechtsakte .....	322
II. Funktion des gewöhnlichen Aufenthalts .....	323
E. Der gewöhnliche Aufenthalt und der Anwendungsbereich der EuEheVO .....	324
F. Aufenthaltsanknüpfungen im Europäischen Sozialrecht.....	325
I. Entwicklung und Funktionen des gewöhnlichen Aufenthalts .....	325
II. Kollisionsrechtliche gegen sachrechtliche Funktion .....	327
1. Kollisionsrechtliche Zuweisungsfunktion .....	327
2. Sachrechtliche Koordinationsfunktion .....	327

G. Erste Abschichtung der Funktionen des gewöhnlichen Aufenthalts...	328
H. Thesen .....	330
<i>§ 8 Bedingungen und Varianten eines differenzierten Aufenthaltsverständnisses .....</i>	<i>332</i>
A. Legitimität und praktische Notwendigkeit .....	332
I. Begriffsentwicklung als Aufgabe der Gerichte .....	332
II. Rechtsunsicherheit .....	333
III. Zwischenergebnis .....	334
B. Vorhandene Differenzierungsmöglichkeiten .....	335
I. Internationalprivatrechtlicher gegen öffentlich-rechtlicher Aufenthaltsbegriff .....	335
1. Begründung .....	335
2. Gegenargumente .....	336
a) § 9 S. 1 AO und § 30 Abs. 3 S. 2 SGB I als praktische Begriffseinheit .....	336
b) Gesetzgebungsgeschichte .....	337
c) Konsequenzen für das Unionsrecht .....	337
II. Funktionale Differenzierung innerhalb des Internationalen Privatrechts .....	338
1. Vorhandene Differenzierungsansätze .....	339
a) Differenzierung nach Anknüpfungsgegenstand .....	339
b) Differenzierung nach Anknüpfungssubjekt und innerem Regelungszusammenhang .....	339
c) Differenzierung nach Art des Rechtsverhältnisses .....	340
d) Differenzierung nach innerem Regelungszusammenhang ..	340
e) Zusammenfassung .....	341
2. Differenzierungsmodus .....	341
III. Übertragbarkeit auf das Unionsrecht .....	344
C. Thesen .....	344
<i>§ 9 Differenzierungsmöglichkeiten im Unionsrecht .....</i>	<i>346</i>
A. Differenzierung nach Rechtsakt .....	346
I. Differenzierung nach Rechtsaktinhalt .....	346
1. Argumente für eine Differenzierung .....	346
2. Gegenargumente .....	347
II. Differenzierung nach Rechtsaktvorbild .....	350
1. Haager Unterhaltsprotokoll und EuUntVO .....	350
2. EuEheVO .....	351
3. Rom I-VO, Rom II-VO und EuInsVO .....	352
4. EuErbVO .....	352
5. Differenzierungsmodus .....	352

6. Gegenargumente .....	353
B. Differenzierung nach Rechtsgebiet .....	353
I. Eigenrationalität des Internationalen Privatrechts .....	354
1. Funktion der Anknüpfungspunkte im verweisungsrechtlichen IPR .....	354
2. Funktion anderer Koordinationsordnungen .....	355
II. Konsequenzen .....	356
1. Kollisions- und „Koordinationsrecht“ .....	356
2. Zuweisung und Koordination von Rechtssätzen .....	357
a) Anwendungsbereich einer Norm .....	358
b) Internationales Sozialrecht .....	359
aa) Gemeinsamkeiten .....	359
bb) Unterschiede .....	360
cc) Ergebnis .....	360
3. Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht .....	361
a) Strukturelle Unterschiede .....	361
aa) Nahepunkt und Nächstpunkt .....	361
aa) Sinn und Nutzen alternativer Gerichtsstände .....	362
bb) Justizgewährung gegen Verweisungsgerechtigkeit .....	364
b) Wert für das Europäische Kollisionsrecht .....	365
aa) Von allgemeinen und besonderen zu alternativen Gerichtsständen .....	366
bb) Verknüpfung von Zuständigkeit und anwendbarem Recht .....	367
c) Zusammenfassung .....	369
C. Differenzierung nach äußerer Regelungssystematik .....	369
I. Beschränkte Rechtswahl und objektive Verweisung .....	371
1. Befund .....	371
2. Optionenerweiternde und -verengende Wirkung .....	371
a) Anwendungsbeispiel .....	371
b) Differenzierung nach dem Telos der Anknüpfung .....	372
c) Differenzierung nach Unterschieden in der rechtspraktischen Handhabung .....	373
aa) Aufwertung des Willenselements .....	375
bb) Aufwertung des Zeitelements .....	376
cc) Diskussion und Lösungsvorschlag .....	378
II. Regel- und Ausnahmeanknüpfung .....	379
1. Regelanknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt .....	379
2. Ausnahmeanknüpfungen .....	380
a) Im Sinne einer Ergebniskorrektur .....	380
aa) Art. 10 Rom I-VO .....	380
bb) Art. 13 Rom I-VO .....	381
cc) Art. 5 Abs. 1 S. 2 Rom II-VO .....	381

dd) Art. 4 Abs. 3 S. 2 HUP .....	382
ee) Art. 26 Abs. 3 EuGüVO .....	382
b) Kollisionsrechtliche Ausnahmeanknüpfungen .....	383
c) Häufung von Anknüpfungsvoraussetzungen .....	383
aa) Rom I-VO .....	383
bb) Rom II-VO.....	384
d) Ausnahmeanknüpfungen als grouping of contacts (Art. 4 Abs. 3, 4 Rom I-VO) .....	384
3. Mögliche Konsequenzen .....	385
a) Varianten und Zwecke aufenthaltsbasierter Ausnahmeanknüpfungen.....	386
aa) Interessenlage bei „einfachen“ Ausnahmeanknüpfungen an den gewöhnlichen Aufenthalt .....	386
bb) Interessenlage bei kumulativen Ausnahmeanknüpfungen .....	388
b) Differenzierung nach ausschließlicher und kumulativer Anknüpfung .....	389
c) Unterschiede zwischen Regelanknüpfung und Ausnahmeanknüpfung.....	390
aa) Abschichtung nach Beweislastverteilung .....	390
(1) Beweiskollisionsnormen .....	390
(2) Ungeschriebene Beweislastregeln.....	391
bb) Abschichtung nach Anknüpfungsinteressen .....	394
cc) Konsequenz .....	395
III. Retrospektive und synchrone Aufenthaltsbestimmung .....	395
D. Differenzierung nach innerer Regelungssystematik .....	397
I. Punktuelle und Dauerrechtsverhältnisse .....	397
II. Elastische und starre Verweisung .....	398
1. Starre Verweisung: Familien- und erbrechtliche Rechtsverhältnisse, beschränkte Rechtswahl, Verbraucherschutz, Insolvenzrecht.....	399
2. Flexible Verweisung: Vertragscharakteristische Leistung .....	400
a) Art. 4 Abs. 2 Rom I-VO .....	400
b) Typisierungen des Art. 4 Abs. 1 Rom I-VO.....	400
3. Konsequenzen .....	401
a) Argumente für eine Differenzierung.....	401
b) Gegenargumente.....	401
E. Differenzierung nach Anknüpfungssubjekt .....	402
I. Personenprofile des Europäischen Kollisionsrechts .....	402
1. Verbraucher und Unternehmer .....	402
2. Kinder und Erwachsene .....	402
II. Mögliche Differenzierungsgründe .....	403

1. Verbraucher und Unternehmer .....	403
2. Kinder und Erwachsene .....	404
a) Indizien für ein differenziertes Begriffsverständnis.....	404
b) Gegenargumente.....	405
aa) Beliebige Konsequenzen .....	405
bb) Sorgerechtsakzessorische Aufenthaltsbestimmung .....	407
cc) Zwei Aufenthaltsbegriffe innerhalb einer Kollisionsnorm? .....	408
F. Differenzierung nach Auswirkungen auf den Rechtsverkehr .....	408
I. Ausgangsbefund: Konzentrations- und Streuwirkung des gewöhnlichen Aufenthalts.....	408
1. Systematik.....	408
2. Nachweis in den Kollisionsnormen der Rom I-VO.....	409
II. Keine wohlfahrtsökonomischen Implikationen der Streuung von Parallelverträgen.....	410
1. Übertragbarkeit des rechtsökonomischen Diskurses innerhalb der vertraglichen Hauptanknüpfung .....	411
2. Mögliche wohlfahrtsökonomische Implikationen einer Vertragsstreuung.....	412
3. Mögliche Konsequenzen für das Verständnis des gewöhnlichen Aufenthalts .....	412
4. Keine eindeutigen ökonomischen Konsequenzen der Auswahl des Anknüpfungssubjekts .....	413
5. Zwischenergebnis.....	414
G. Thesen .....	414
 § 10 Grundzüge einer rechtswahlakzessorischen Aufenthaltssystematik .....	417
A. Legitimität und Modus .....	417
I. Berechtigung der Suche nach einem Differenzierungskriterium ....	417
1. Untauglichkeit selbstständiger Differenzierungsvorschläge ....	418
2. Notwendigkeit einer Differenzierung.....	419
II. Zulässige Differenzierungsgründe .....	420
1. Subjektive und objektive Aufenthaltsanknüpfungen.....	420
2. Abschichtung innerhalb der objektiven Aufhaltsanknüpfungen .....	421
B. Differenzierungsmodus und praktische Handhabung .....	422
I. Abschichtungsmodus.....	422
1. Differenzierung zwischen Regel und Ausnahme .....	422
2. Abgestufter Prüfungsmaßstab im Zivilprozess .....	423
II. Rechtswahlsystematik als Bezugspunkt der Abschichtung.....	424
1. Beschränkte und unbeschränkte Rechtswahl.....	424

2. Unbeschränkte Rechtswahl: Sachrechtliche	
Wirkungsschranken .....	425
3. Beschränkte Rechtswahl: Wählbare Rechtsordnungen .....	425
4. Zeitpunkt der Rechtswahl.....	427
5. Form .....	427
III. Zusammenhang mit der Aufenthaltsanknüpfung .....	427
1. Internationales Schuldrecht .....	428
2. Internationales Familienrecht .....	429
3. Internationales Erbrecht .....	431
IV. Konsequenzen für die rechtspraktische Handhabung .....	432
C. Berechtigung eines rechtswahlakzessorischen	
Aufenthaltsverständnisses .....	433
I. Aufenthaltsanknüpfung als Rechtswahlkorrelat .....	433
1. Kein nachweisbarer Wertungszusammenhang.....	433
2. Technische und kompetenzielle Parallelen .....	434
II. Praktische Gründe .....	436
D. Thesen .....	437
<i>Literaturverzeichnis</i> .....	439
<i>Sachregister</i> .....	463